

Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Gartenztg
Techn.-Zeitung Witzblatt.ULK

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Die Stadt Sonneberg erhebt eine Hockersteuer



Das gibt mal einen guten Schweinebraten

Agrar-Vorlage vom Reichstag angenommen Pilsudski fordert / Dachstuhlbrand in Moabit

Dr. Luther in Paris

Ämtliche Rundreise des Reichsbankpräsidenten

PARIS, 25. März.

Der deutsche Reichsbankpräsident, Dr. Luther, ist auf einer Rundreise, die von Norditalien ausgehend, ihn zum Besuch der Notenbankpräsidenten über Rom, Paris, London, Brüssel nach Berlin zurückzuführen wird, heute in Paris eingetroffen, und wird morgen eine Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, haben. Dr. Luther ist bei seinem Eintreffen in Paris vom Gouverneur der Bank von Frankreich auf dem Bahnhof begrüßt worden. Seine Abreise nach London ist für Donnerstag früh vorgesehen.

Misslungene Ministerwahl

in Sachsen

DRESDEN, 25. März.

In der heutigen Sitzung des Landtages wurde zunächst die zweite Beratung über den kommunistischen Antrag auf Landtagsauflösung auf eine spätere Sitzung vertagt. Sodann schritt man zur Wahl des zukünftigen Ministerpräsidenten. Die Deutschnationalen schlugen den Präsidenten des Staatsrechnungshofes Schieck vor, die Demokraten den Minister a. D. Dr. Külz, die Sozialisten ihren Parteigenossen Fleissner und die Kommunisten ihren Führer Renner. Es wurden 94 Stimmen abgegeben, von denen eine ungültig war; zwei Abgeordnete fehlten im Hause. Es entfielen auf Präsident Schieck 44, Fleissner 32, Renner 12 und Dr. Külz 5 Stimmen. Die für eine gültige Wahl notwendige Stimmenmehrheit wurde somit von keinem der Kandidaten erreicht. Die Wahl ist damit ergebnislos verlaufen.

Die Suche nach dem Finanz-Kompromiss

Noch kein Ergebnis in den gestrigen Besprechungen

Die Besprechungen der Regierungsparteien über die Finanzfrage haben noch keine Einigung ergeben. In der Frage der Arbeitslosenversicherung ist zwar unter den vier nicht-sozialistischen Regierungsparteien insofern eine Annäherung erzielt worden, als diese sich über die Verwindung der Darlehen des Reiches in eine feste Etatschuld, über die Weitererhebung von 3/5prozentigen Beiträgen (nicht mehr, aber auch nicht weniger) über den 31. Juli hinaus, ferner über Einsparungen in der Verwaltung und in Einzelheiten auch bei den Leistungen verständigt hätten, so zum Beispiel bei der Anrechnung der Wartezeit.

Die Sozialdemokraten aber haben dem nicht zustimmen vermocht

und hielten insbesondere an der Darlehenspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung grundsätzlich fest.

Dazu traten Vorschläge des Reichsfinanzministers Moldenhauer — eine etwas veränderte Wiederaufnahme alter volksparteilicher Anregungen —, die sich auf folgende Punkte erstreckten: gesetzliche Festlegung der Senkung der Realsteuer ab 1. April 1931, und zwar im Reichsdurchschnitt um 20 Prozent, Senkung der Einkommensteuer vorerst nur in Form einer Entschliessung, wosuch die Regierung bis zum 1. Oktober 1930 ein entsprechendes Gesetz vorzulegen hat; das gleiche hinsichtlich der Einführung des variablen Faktors (Kopfsteuer) an Stelle der Realsteuer; dazu die schon früher erwähnte Ermächtigung für

die Regierung, die Gesellschafts-, Börsen-Umsatz- und Kapitalverkehrssteuer im Einvernehmen mit Ausschüssen des Reichsrats und des Reichstags erforderlichenfalls senken zu können; endlich: Bei der Arbeitslosenversicherung die Ermächtigung für die Regierung, ein etwaiges neues Defizit aus allgemeinen Steuermitteln oder durch Beitragserhöhung zu decken, die hier also ohne Mitwirkung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt von der Regierung zu beschliessen wäre.

Die Deutsche Volkspartei hat in den interfraktionellen Besprechungen hinsichtlich der Steuersenkungen folgenden Vorschlag gemacht:

Realsteuer-Senkungen	300 Mill.
Einkommensteuer-Senkungen 410 Millionen, wovon aber 160 Millionen der neu einzuführenden Kopfsteuer abzuziehen wären, also	250 Mill.
Kürzung der Industriebelastung	50 Mill.
Senkung der Kapitalertragssteuer	60 Mill.
Senkung der Kapitalverkehrssteuer	40 Mill.
Senkung der Kapitalverkehrssteuer	40 Mill.
700 Mill.	

Dazu berechnet die Volkspartei noch aus der auf Grund des neu aufzustellenden Sparprogramms sich ergebenden Ausgabenkürzung, aus dem Wegfall der Rentenbankzinsen, weitere 100 Millionen Mark.

Über alle diese Vorschläge und Wünsche ist noch keine Verständigung erreicht worden.

Beratungen der Fraktionen

Im Anschluss an die gestrige Reichstagsitzung tagte die Mehrzahl der Regierungsparteien. In der volksparteilichen Fraktionsitzung, die keine Beschlüsse fasste, erklärte der Abgeordnete Scholz, der am Nachmittag vom Reichspräsidenten empfangen worden war, er werde in der Besprechung mit dem Reichskanzler den Standpunkt vertreten, dass die Auffassung der Volkspartei sich nicht geändert habe; insbesondere ist die Volkspartei gegen die Vorschläge des Finanzministers zur Arbeitslosenversicherung. Die sozialdemokratische Fraktion hielt an ihren Bedenken gegen die Steuersenkungsvorschläge und gegen jeden Abzug der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung fest. Das Zentrum schliesslich beauftragte den Abgeordneten Dr. Brüning in der Besprechung beim Reichskanzler auf der sofortigen Verständigung der Regierungsparteien auf jede Konsequenz hin zu bestehen.

Stadtratssitzung mit Prügeln

MÜNCHEN, 25. März.

Am Schluss der heutigen Stadtratssitzung kam es zu einer Prügelzene, die von der acht Mann starken nationalsozialistischen Fraktion provoziert worden war. Ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei bezeichnete die Nationalsozialisten als Rechtsbolschewisten und Nachfolger der U. S. P., worauf die Nationalsozialisten unter Führung des Stadtrats Esser aufsprangen und gegen die Bayerische Volkspartei tätlich vorgehen. Nur mit grosser Mühe gelang es, die Nationalsozialisten auf ihre Sitze zurückzudrängen.

Gleich darauf fühlten sie sich durch die Aeusserung der Kommunisten, der Nationalsozialismus sei der organisierte Arbeitermord aufs neue beleidigt, stürzten zur Linken hinüber und besaßelten den kommunistischen Stadtrat Huber mit Faustschlägen ins Gesicht. Da die Kommunisten sich wehrten und auch von den Sozialdemokraten Hilfe erhielten, entstand

eine regelrechte Rauferei,

bei der mit Stühlen zugeschlagen und Aschenbecher als Wurfgeschosse benutzt wurden, und bei der mehrere Nationalsozialisten blutige Verletzungen erlitten.

Pariser Sozialisten für Young-Ratifikation

Selbst zu Vertrauensvotum für Rechtskabinett Tardieu bereit

PARIS, 25. März.

Die sozialistische Kammerfraktion hat heute vormittag unter dem Vorsitz Léon Blums beschlossen, für die Annahme des Young-Planes zu stimmen, auch dann, wenn die Regierung die Vertrauensfrage stellen sollte.

Dieser Entschluss wurde mit 27 gegen 3 Stimmen gefasst. Neun Deputierte haben nicht abgestimmt. Für die Ratifizierung traten ein Léon Blum, Grumbach, Bracke und Hubert Rouzer, gegen die Annahme des Young-Planes sprachen Frot und Ernest Lafont.

Renaudel war dafür, bei der Abstimmung im Plenum neutral zu bleiben und weder für noch gegen die Ratifizierung zu stimmen.

Die Sozialradikalen, die gleichfalls eine Fraktionsitzung hatten, sind sich über ihre Haltung noch nicht einig geworden. Sie können natürlich den Young-Plan nicht ablehnen, dessen Ratifizierung der erste Punkt des Programms der radikalen Regierung Chautemps gewesen ist.

Sie wollen aber nicht die Regierung Tardieu unterstützen, weil dieses Votum von der Rechten falsch ausgelegt werden könnte.

Die neuen Oberpräsidenten

Der „Ämtliche Preussische Pressedienst“ teilt mit: Das preussische Staatsministerium hat in seiner Dienstsitzung beschlossen, zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau den Beigeordneten der Stadt Köln Haas, M. d. L., zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern den Regierungspräsidenten von Hallern (Stettin), ferner zum Regierungspräsidenten in Stettin den Ministerialrat im preussischen Ministerium des Innern Hans Simons und zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. O. den Vizepräsidenten der Regierung Gumbinnen, Dr. Fitzner, zu ernennen.

Für das freigewordene Oberpräsidium der Provinz Sachsen hat das Staatsministerium den Ministerialdirektor

Dr. Falck, Präsident des Bundesamtes für das Heimatwesen, in Aussicht genommen.

An Stelle des im Laufe der nächsten Monate wegen Erreichung der Altersgrenze auscheidenden Regierungspräsidenten Pohlmann in Magdeburg ist in Aussicht genommen, den Oberbürgermeister Weber (Halberstadt) zum Regierungspräsidenten zu ernennen.

Der Minister des Innern ist vom Staatsministerium ermächtigt worden, zur Durchführung der oben angeführten Beschlüsse sich mit den Provinzialausschüssen der betreffenden Provinzen in Verbindung zu setzen, um das gemäss Artikel 86 der preussischen Verfassung erforderliche Einvernehmen herbeizuführen.

Pilsudski verlangt Selbstmord des Parlaments

Seine Bedingungen für „Zusammenarbeit“ mit dem Sejm — ein Ultimatum

WARSAU, 25. März.

Nachdem Szymanski heute seine Verhandlungen mit den Parteien beendet hat, wurde er von Pilsudski empfangen. Am Nachmittag gab er dann den Parteien die Bedingungen bekannt, unter denen Pilsudski bereit wäre, mit dem Sejm „zusammenzuarbeiten“.

Der Marschall verlangt, dass der Sejm 1. sich nicht in Personalfragen einmischt (Anspielung auf den Fall Prytor und ähnliches); 2. dass der Sejm sich nicht mehr in Fragen einmischt, die mit dem bewilligten Haushaltsplan verknüpft sind (bezieht sich auf den Fall des Finanzministers Czebowicz); 3. dass der Sejm den Artikel 6 des Finanzgesetzes aufhebt, der die Regierung verbietet während der Ferien das Budget in erheblichem Masse zu überschreiten, ohne den Sejm zu befragen bzw. einzuberufen.

Der Sejm soll einwilligen, dass die Regierung ein halbes Jahr ohne Parlament regiert. Diese Bedingungen gleichen einem Ultimatum. Es sind die stärk-

sten Forderungen, die bisher Pilsudski dem Sejm gestellt hat, Forderungen, die auf die

Legalisierung seiner Diktatur

hinauslaufen. Wenn man in Betracht zieht, dass dies Pilsudskis Antwort auf die Forderung der Parteien ist, das System zu liquidieren und die Rechtsordnung wiederherzustellen, so ist klar genug, dass die Beziehung als „Beziehung einer Zusammenarbeit“ reine Ironie ist. Da heute auch der Regierungsblock mit seiner Obstruktion ein Beispiel der „Zusammenarbeit“ gezeigt hat, das beweist, dass die Pilsudskisten bereit sind, mit scharfen Mitteln vorzugehen, so erscheint die Lage gespannter denn je. In den nächsten Tagen, wenn die Opposition ihre Entscheidung getroffen und Pilsudski gezeigt hat, dass er seine Drohungen in die Tat umsetzt, wird sich zeigen ob die Entscheidungsschlacht zwischen Sejm und Diktator begonnen hat. Vorläufig wird noch in politischen Kreisen

Pilsudskis Schritt als taktisches Manöver bewertet, dem Schliessung oder Auflösung des Sejms folgen dürfte.

Regierungsbildung unmöglich gemacht

Szymanski gibt den Auftrag zurück

WARSAU, 25. März. (W. T. B.)

Heute in später Abendstunde hat Senatsmarschall Szymanski die Vertreter der Parteien zu sich gebeten. Die Sprecher der oppositionellen Mehrheit, das heisst des Links-Zentrums, der Nationaldemokraten und der Minderheiten erklärten Szymanski, dass sie die von Marschall Pilsudski gestellten Bedingungen nicht annehmen könnten. Der Führer der Nationaldemokraten, Professor Rybarski, bezeichnete sie als geradezu undiskutabel. Szymanski erklärte hierauf, dass er sich zum Staatspräsidenten begeben werde, um dort seine Mission zurückzugeben.

Neuer städtischer Skandal

Dunkle Grundstücksgeschäfte — Der Magistrat selbst will enthüllen

Die Berliner Öffentlichkeit erfährt von einem neuen städtischen Skandal. Es handelt sich diesmal um das Grundstücksezerzern der Stadt Berlin. Der Skandal, der sich in seinem Kern um „Geschäfte“ dreht, die bei Anlass der Grundstücksaufläufe im Zentrum der Stadt für die Zwecke der Verkehrsgesellschaft gemacht wurden, soll, was den finanziellen Schaden sowohl, als auch was den Personenkreis angeht, noch grösser sein als der Sklarek-Skandal.

Neben dem Leiter des Grundstücksezerzerns, Stadtrat Busch, wird besonders der Leiter der Berolina G. m. b. H., Golde, verdächtigt, die Stadt Berlin schwer geschädigt zu haben. Auch diesmal wieder sollen Funktionäre fast aller Parteien die dunklen Grundstücksgeschäften Vorschub geleistet haben. Allerdings wird gesagt, dass sie zum Teil im guten Glauben gehandelt haben. So wird

neben Busch und Golde der Stadtrat Zangemeister genannt.

Zangemeister hat im Sklarek-Ausschuss als der deutsche nationale Funktionär von sich reden gemacht, der von den Brüdern Sklarek die Gelder für seine Partei kassiert hat, mit denen dann die Wahlpropaganda für das neue Parlament betrieben wurde. Stadtrat Zangemeister (er ist Direktor bei der B. V. G.) übernahm und leitete teilweise die Grundstücksgeschäfte der B. V. G. Zum anderen Teil wurden die Geschäfte von der „Berolina“ besorgt, einem Unternehmen, das der Stadt Berlin gehört. Die „Berolina“ verhandelte z. B. die Grundstücke am Alexanderplatz.

Vor Jahresfrist fand der sonderbare Umstand öffentliche Kritik, dass dem amerikanischen Konsortium, das am Alexanderplatz bauen will, die Grundstücke auf fünfzig Jahre in Erbpacht gegeben werden sollten. Diese Grosszügigkeit der Berolina hatte ihre besondere Ursache. Dem Leiter der Berolina, Golde, war vom Konsortium eine bedeutende Dollarsumme zugesichert worden für den Fall, dass es Golde gelingen sollte, die B. V. G. (in diesem Falle die Stadträte Reuter und Zangemeister) von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Erbpacht von dreissig auf fünfzig Jahre heraufzusetzen. Golde misst in einem Protokoll diesen Tatbestand zugeben. Das Protokoll befindet sich seit über einem Jahr im Besitz der B. V. G. Golde ist immer noch Leiter der Berolina.

Tänze aus drei Welten

Ted Shawn, Mann und Mitarbeiter der Ruth St. Denis, bescheiden angekündigt als „Amerikas grösster Tänzer“, zeigt im Bazaar mehr Virtuosität als Kunst. Der Widerspruch zwischen seiner technischen Bravour und seinem inneren Können ist überaus stark. Einen Indierentanz, einen japanischen Speertanz legt er ganz begeistert aus. Aber ohne im Boden des primitiven Volkstanzes Wurzel zu suchen, versucht, verzerrt, stilisiert er das Vorbild, tut im Aesthetisch-Theatralischen mehr, als dieses Vorbild verlangt und trägt. Andersseits weiss er es doch auch nicht rein in das Aesthetisch-Theatralische umzuwerten. Zwiespält, Zwitterkunst. Zappelt er dann gar an enormer Kulisse als Prometheus im Netz des bedenklichsten Broadwaygeschmacks, dann ist ein energischer Pfiff am Platze. Sogleich weist der eine Vertreter der interessierten Konzertdirektion zwei Pfeiler aus dem Saal, während der andere mit demonstrativem Bravo zum Beifall animiert. Unmögliche Vorgänge, die scharfen Protest der modernen Tanzkunst durch tausend ungehinderte Pfeifkonzerte hindurchgearbeitet hat. Vom Unternehmer dekretierter Beifall, vom Unternehmer unterdrückte Ablehnung — nette Perspektiven...

Gegenpol zum Amerikanismus: Raden Mas Jodjana aus Java in der Volksbühne (der man sehr danken muss für die Vielseitigkeit ihrer Tanzmatinee-Programme). Der Javaner entzückt mit dem gleichmässigen Fluss seiner Bewegungen, mit der glasklaren Reinheit in Technik, Ausdruck, Inhalt, mit der tänzerischen Beherrschung von Fuss, Knie, Hand und Kopf, mit dem Spiel der zurückgeworfenen Schärpe, mit der ganzen fesselnd-monotonen Delikatesse einer alten vornehmen Tanzkultur. Hier ist das Bodenständige mit feinsten künstlerischer Zielerzielung über sich selbst hinausgehoben, ohne den Boden zu verlieren. Allerdings stellt ein umfangreiches Programm dieser sehr stillen und einlässigen Kunst den nervösen Europäer auf eine Geduldprobe.

Weiter Weg von Broadway und von Java zu Niddy Ipekoven (Komödie), die, obwohl sehr Dame geworden und obwohl reichlich behindert durch schmalen Bühnenraum — rasch die Erinnerung an ihre grossen Tage wieder zu beleben weiss. Sie ist tänzerisch stehengeblieben, weil eben kein Weg über

12 Millionen Steuern geschenkt

Die Steuerschuld der Firma Batschari vor dem Haushaltsausschuss

Die Art, in der das Alexanderplatz-Geschäft zustande kam, fällt dem Stadtrat Zangemeister zur Last. Es wird wahrscheinlich auch, zusammen mit Stadtrat Reuter, der persönlich vollkommen rein aus dieser Affäre hervorgehen wird, die Verantwortung für einige anfechtbare Grundstücksgeschäfte tragen,

12 Millionen Steuern geschenkt

Die Steuerschuld der Firma Batschari vor dem Haushaltsausschuss

Im Haushaltsausschuss des Reichstags fragte gestern bei dem Titel „Mehrfachnahme aus der Tabaksteuer“ der Abg. Schmidt-Stettin (Deutschn. Vp.), aus welchen Gründen der Zigarettenfabrik Batschari zwölf Millionen Mark Steuern erlassen worden seien. Vom Reichsfinanzminister wurde hierzu erklärt, im Falle Batschari würde

von Lande Baden der grösste Wert darauf gelegt, dass dieser Betrieb aufrechterhalten werde,

um zu verhindern, dass zweitausend Arbeiter und Angestellte arbeitslos würden. Aus diesem Grunde hat sich Reichsfinanzminister Hillerding bewegen gefügt, die Firma Reemtsma aus der Steuerhaftung zu entlassen, da sie unter anderen Umständen niemals sich darauf eingelassen hätte, die Fabrik in Baden-Baden fortzuführen. Die Entlassung aus der Haftung hat deshalb auch keine finanzielle Tragweite, da mehr als der Liquidationserlös unter den gegebenen Verhältnissen nicht aus dem Betriebe zu erlösen war.

Abg. Dr. Köhler (Zentr.) erklärt, er habe in der Sache Batschari-Reemtsma als Minister nur den Zahlungsplan übernommen, nach dem die zwölf Millionen Steuerschuldung nach und nach abgezahlt werden sollte, sich aber sonst weder als Minister noch als Abgeordneter in diese Sache eingemischt.

Nach Abg. Ende (Komm.) wurde die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefordert.

Die Erklärung des Ministerialdirektors Ernst zum Fall Batschari sei ein Skandal. Der Reichstag wurde von dem früheren Finanzminister nicht befragt, als er die Firma Reemtsma aus der Steuer-

den Gipfel hinausführt. Aber dieses zerle Körperinstrument, das von der Musik zu verdrückter Bewegung erweckt wird, ist noch immer ein Phänomen verkehrter Anmut, idyllischer Geisteswelt, hingehauchter Schritte, ein grosses „kleines Nichts“, ein lebenswürdiges Scherz, eine seltsam nachklingende geniale kleine Melodie der Natur. Fragt sich, ob dieses Melodiechen fähig ist, den Ohren dieser Zeit, in denen betäubend Vieles und Starkes klingt, ein Erlebnis von tieferem Einfluss zu geben.

Fritz Zietesch.

Lappland-Reise

Mit einem Faltpack hat der Journalist Kurt Biging Finnland, das Land der tausend Seen bereist. Monatlang war er allein inmitten der riesigen Wälder, schlief des Nachts im Zelt, ging am Tage, wenn er nicht gerade mit der Kamera zu tun hatte, auf die Forellengagd oder schoss sich mit der Schrotflinte ein paar wilde Hühner, um sie auf dem Holzfeuer zu rösten. Über alle seine Erlebnisse hat Kurt Biging ein treffliches Buch geschrieben. Aber dass er ein ebenso guter Sprecher und Plauderer ist, wie er als Schriftsteller sich einen Namen gemacht hat, zeigte er auf dem Vortragsabend, der vom Allgemeinen deutschen Beantendbund in Schinkels Festsaal veranstaltet wurde. Hundertundfünfzig Lichtbilder wurden vorgeführt, aus den Städten, Dörfern, aus der unbeschreiblichen Wildnis und Einsamkeit dieses Landes. Kurt Biging, der all diese Aufnahmen geknipst hatte, sprach dazu. Niemals kam Langeweile bei den Zuhörern auf. Im Gegenteil. Kurt Biging vermochte es durch seine köstliche und amüsante Art, die Zuhörer immer mehr in seinen Bann zu ziehen. Man glaubte nicht mehr, in einem Saal zu sitzen, sondern man sah die pfeiferischen Fischerfrauen, die Goldwäsher, die Holzhacker, die spinnenden Bauerntöchter, die Rentnerjäger und andere Typen aus Lappland plastisch und wirklich.

—y—

Englisches Theater deutscher Schauspieler. Die letzte Aufführung von „A Woman of no Importance“ findet Sonntag, 30. März, 11½ Uhr vormittags, im Schillertheater statt.

Valkyrie. In der am 31. März stattfindenden deutschen Aufführung von „Das Lied von Hohenstein“ der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, sind die beiden weiblichen Hauptrollen mit Lotte Lenja und Dolly Haas besetzt.

die im Rathausviertel gemacht worden sind. Hier wird neben einigen bekannten Firmennamen auch der des Bürgermeisters Schneider auftauchen.

Stadtrat Busch, der eigentliche Grundstücksezerzern, gegen den die Staatsanwaltschaft bekanntlich ein Verfahren wegen passiver Bestechung eingeleitet hat, will immer noch in Lugano. Das Verfahren gegen ihn läuft bereits seit sechs Monaten. Wann Stadtrat Busch aus Lugano zurückkommt, ist noch ungewiss. Die Staatsanwaltschaft erwartet seine Rückkehr in etwa 14 Tagen. Dieser Termin dürfte mit dem zusammenfallen, den sich der Magistrat dazu ausersehen hat, den ganzen Skandal der Stadtverordnetenversammlung vorzutragen.

Willi Schaeffers 20 Jahre Conference

Es ist ein Vergnügen Willi Schaeffers einen ganzen Abend zuzuhören. Sein Witz und sein Humor kommen aus weitererkennender Klugheit und reizen zu aufrichtigem Lachen. Selten ist er abgeschmackt, selten wiederholt er sich — niemals ist er degoutant wie manche seiner Kollegen. Der ganze Saal sass voll begeisterter Anhänger Schaeffers, die sich nicht die kleinste Nuance seines Vortrages entgehen liessen. Nach ein paar anstehenden Worten über das Thema des Abends: „20 Jahre Conference“, las er eine Anzahl Gedichte und Geschichten zeitgenössischer Schriftsteller vor, die mit rührender Sorgfalt zusammengestellt waren. Dass er ein Künstler des Vortrages wäre, kann man nicht gerade behaupten, aber alles, was er sprach, wurde einem mit solcher Wärme und Echtheit wirklich nahe gebracht, wie man es nur selten erlebt. Peter Altenberg, Max Hermann-Neisser, Polgar, Ossip Dynow, Ringelzahn, Walter Mehring, Erich Kästner und Kurt Tucholsky, die Autoren, aus denen er vorlas, sind gewiss allein schon fähig, einen Abend bunt und amüsant zu gestalten. Schaeffers flocht sie humorvoll durcheinander und bereitete seinen Zuhörern eine fröhliche Feierstunde.

Zum Schluss tat er ein Werk der Nächstenliebe und gab einem Dutzend junger wendender und stellungsloser Künstler und Künstlerinnen Gelegenheit, sich wieder einmal oder zum erstenmal zu produzieren.

100mal „Hulla di Bulla“. Dass diesem etwas schwachbrüstigen Arnold-Bach die Pusa ausreichte für das goldene Jubiläum, das hat er lediglich zu danken der Zugkraft Guido Thielschers, dem famosen Spiel des Fritz Schulz, der Margot Walter...

Die Valkyrie. In der am 31. März 1890 ihren dritten Lehrabschnitt. Es werden 97 Arbeitseisenchaften für fast alle Wissensgebiete fortgeführt, darunter auch Kurse in Elementarfächern wie Deutsch und Rechnen und in Fremdsprachen. Eine Anzahl Kurse nehmen auch neue Hörer auf. Sie sind zu erheben aus dem Mittelungsblatt Nr. 3, das auf telefonische Anforderung (Kupfergaben 3228) kostenlos versandt oder in der Geschäftsstelle abgegeben wird. 9—16 Uhr Burgstrasse 8 III, 17—20 Uhr Breite Strasse II, Ermler-Haus. In der Geschäftszeit Auskunft über Erwachsenenbildung und persönliche Beratung für alle, die sich weiterbilden wollen.

